

# Ägyptens Stunde null?

Akteure, Interessen, Szenarien

Muriel Asseburg / Stephan Roll

Der Rücktritt von Staatspräsident Hosni Mubarak ist für Ägypten eine historische Zäsur. Dass nun der Oberste Militärrat die Macht übernommen hat, könnte eine politische Öffnung des Landes einleiten. Garantiert ist dies aber keineswegs. Wie es in Ägypten weitergeht, hängt allerdings nicht nur davon ab, ob das Militär seine Zusagen einhält, wenn es um Verfassungsänderungen, freie Wahlen und die Übergabe der Macht an eine zivile Regierung geht. Auch die oppositionellen Kräfte müssen nun ihre Vorstellungen konkretisieren, wie das künftige politische System des Landes aussehen soll. Und sie müssen sich organisieren, um ihre Anliegen in den Prozess einbringen zu können. Doch welche Interessen verfolgen die verschiedenen Akteure? Wie sind sie organisiert, wie gestaltet sich das Kräfteverhältnis zwischen ihnen? Und welche möglichen Szenarien für Ägyptens Zukunft lassen sich daraus ableiten? Eines ist jetzt schon klar: Ohne umfassende internationale Unterstützung wird der Prozess des Übergangs nicht zu bewältigen sein. Dies eröffnet deutscher und europäischer Politik auch die Chance, auf eine echte Demokratisierung hinzuwirken.

Die Massendemonstrationen in Ägypten, die am 25. Januar 2011 begannen, haben die dortige politische Landschaft nachhaltig verändert. Mubarak ist zurückgetreten, das Parlament wurde aufgelöst, und die Führungsriege der regierenden *National Democratic Party* (NDP) ist auseinandergebrochen – ein klarer Erfolg für die Demonstranten, die ihren Protest gegen die Lebensbedingungen und die alte Ordnung in alle Teile des Landes trugen. Am 11. Februar übernahm das Militär die Macht. Die bisherige Regierung, die sich fast ausschließlich aus Politikern des »alten Regimes« zusammensetzt, wurde zunächst

im Amt bestätigt. Das Militär soll nun mindestens sechs Monate lang oder bis zur Abhaltung freier Wahlen die Geschicke Ägyptens bestimmen. Für die kommenden Monate hat die Militärführung wichtige Reformen angekündigt. Der seit 30 Jahren geltende Ausnahmezustand soll aufgehoben werden, sofern die Sicherheitssituation es zulässt. Ein Mitte Februar eingesetzter Verfassungsrat hat den Auftrag, binnen zehn Tagen umstrittene Verfassungsartikel zu überarbeiten. In einem Referendum soll dann über die Änderungen entschieden werden. Schließlich ist vorgesehen, dass die beiden Kammern des ägyptischen Parla-

ments und der Staatspräsident neu gewählt werden. Für die Durchführung dieser Schritte gibt es bislang allerdings keinen verbindlichen Zeitplan. Auf jeden Fall hat jetzt ein komplizierter Aushandlungsprozess zwischen den relevanten Akteursgruppen begonnen. Doch selbst innerhalb der einzelnen Gruppen sind die politischen Vorstellungen weder eindeutig definiert noch einheitlich.

### **Das Militär**

Das neue Machtzentrum in Kairo, der Hohe Militärrat, ist keineswegs ein neuer Akteur. Insbesondere der Vorsitzende des Rates, der 75-jährige Verteidigungsminister Feldmarschall Muhammed Hussein Tantawi, galt als einer der engsten Vertrauten des ehemaligen Präsidenten und als regime-treuer Hardliner. Auch die übrigen Mitglieder des Gremiums – darunter Stabschef Sami Annan, die Oberkommandierenden von Luftwaffe, Luftverteidigung und Marine sowie weitere hochrangige Offiziere – waren Teil des engen Machtzirkels um Mubarak.

Dennoch: Dem Hohen Militärrat geht es nicht um Wiederherstellung des alten Regimes, sondern darum, die herausgehobene politische und wirtschaftliche Stellung des Militärs zu sichern. Allerdings dürfte fraglich sein, ob dies mit demokratischen Verfahrensweisen überhaupt vereinbar ist. Mit einer Truppenstärke von 470 000 Mann und 480 000 Reservisten unterhält Ägypten die zehntgrößte Armee der Welt. Hinzu kommen rund 400 000 Paramilitärs, die überwiegend dem Innenministerium unterstehen. Zudem ist das Militär eine Wirtschaftsmacht mit eigenen Unternehmen, die auch zivile Güter produzieren und langgedienten Generälen oftmals lukrative Versorgungsstellen bieten. Angesichts der ökonomischen Misere im Land könnte eine frei gewählte, zivile Staatsführung diesen ausufernden Sicherheitsapparat mittel- oder langfristig beschneiden.

Der Militärrat dürfte daher großes Interesse daran haben, die Kontrolle über den

politischen Umbau nicht zu verlieren, sondern diesen im eigenen Sinne zu steuern. Allerdings gibt es dabei deutliche Einschränkungen. Zum einen ist die gegenwärtige Führung in Kairo stark von den USA abhängig, die Ägypten jährlich rund 1,3 Milliarden Dollar an Militärhilfe zur Verfügung stellen. Die amerikanische Regierung scheint zumindest derzeit auf eine politische Öffnung des Landes zu drängen; sie ist wohl nicht bereit, auf Dauer ein Militärregime zu akzeptieren, das gegen den Willen der Gesellschaft herrscht. Zum anderen wird auch der Druck der ägyptischen Bevölkerung groß bleiben. Sollten politische Reformen sich verzögern oder ganz ausbleiben, dürfte es weitere Demonstrationen und Proteste geben. Diese würden sich dann direkt gegen das Militär bzw. die Militärführung richten.

### **Die moderate Opposition**

Bei den Protesten der vergangenen Wochen haben etablierte Oppositionsparteien und -bewegungen nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Sie sind aber aufgrund ihres Organisationsgrades am besten dafür gerüstet, sich erfolgreich in den nun beginnenden Aushandlungsprozess über das künftige politische System einzubringen und bei Wahlen durchzusetzen. Innerhalb der moderaten Opposition, die schon unter Mubarak teils mehr, teils weniger für einen Regimewandel eintrat, lassen sich grundsätzlich drei Gruppierungen unterscheiden: kleinere säkular orientierte Parteien, das Oppositionsbündnis *National Association for Change* (NAC) und der moderate politische Arm der ägyptischen Muslimbruderschaft. Zum Teil überlappen sich diese Gruppierungen.

### **Säkulare Parteien**

Neben der bislang regierenden NDP gibt es insgesamt 23 zugelassene Parteien in Ägypten. Die meisten davon sind weiten Teilen der Bevölkerung jedoch unbekannt. Größte zugelassene Oppositionspartei ist

die national-liberale *New Wafd Party*, die bei den Parlamentswahlen 2005 gut 1 Prozent der Stimmen erlangte. Bis zu den Parlamentswahlen von 2010 wurde sie allerdings immer als regimenahe Blockpartei wahrgenommen. Im Mai 2010 übernahm der Unternehmer El-Sayyid el-Badawi ihren Vorsitz. Unter seiner Führung dürfte die Partei versuchen, sich als wirtschaftsliberale Kraft zu positionieren.

Bekanntere Oppositionsparteien sind zudem die sozialistische *National Progressive Unionist Party* (»Tagammu«), die nasseristisch-sozialistische *Arab Democratic Nasserist Party* und die liberale *Al-Ghad (Tomorrow) Party*. Letztere wird von Ayman Nour geführt. Er kandidierte bei den Präsidentschaftswahlen 2005 gegen Mubarak, erzielte einen Achtungserfolg von rund 7 Prozent der Stimmen und wurde in der Folge inhaftiert. Nour gilt zwar als profiliertes Oppositionspolitiker, doch konnte er nach seiner Freilassung im Jahr 2009 keine breite Unterstützung mehr auf sich vereinen. Zurückzuführen war dies auf Delegitimierungskampagnen des Regimes, aber auch auf seine polarisierende Persönlichkeit. Als Integrationsfigur für das oppositionelle Spektrum kommt Nour jedenfalls kaum in Frage.

### **National Association for Change**

Die NAC entstand Anfang 2010 um Muhammad ElBaradei, den ehemaligen Chef der Internationalen Atomenergiebehörde. Nicht auszuschließen ist, dass die Gruppierung zerfällt und sich Teile von ihr anderen Oppositionsparteien anschließen. Denn die NAC ist ein heterogenes Sammelbecken oppositioneller Kräfte; darunter befinden sich etwa auch viele Mitglieder der ehemals wichtigen Oppositionsbewegung »Kifaya!« (arabisch für Genug!). Geeinigt hatte man sich lediglich auf sieben Kernforderungen gegenüber dem Mubarak-Regime; verlangt wurden unter anderem freie Präsidentschaftswahlen und die Aufhebung des Ausnahmezustands.

Unwahrscheinlich ist mittlerweile, dass es ElBaradei gelingen könnte, sich für die Präsidentschaftswahl als Kompromisskandidat der verschiedenen oppositionellen Kräfte ins Spiel zu bringen. Zum einen ist sein Bekanntheitsgrad in Ägypten nach wie vor begrenzt. Zum anderen zeigte man sich innerhalb der Opposition während der letzten Jahre zunehmend unzufrieden über seine mangelnde Präsenz im Land und sein zurückhaltendes Auftreten. ElBaradei blieb denn auch außen vor, als es in der zweiten Februarwoche zu Verhandlungen zwischen der Opposition und dem noch von Mubarak eingesetzten Vizepräsidenten Omar Suleiman kam. Zudem gibt es mittlerweile auch andere prominente Personen, die für die Opposition als Kandidaten attraktiv sein könnten. Dazu zählen der Chemiker und Nobelpreisträger Ahmed Zewail sowie der noch amtierende Generalsekretär der Arabischen Liga und ehemalige ägyptische Außenminister Amr Mussa. Vor allem Letzterem werden von vielen Beobachtern gute Chancen auf das Präsidentenamt eingeräumt. Mussa gilt als populär und könnte auch ehemalige Wähler der NDP anziehen. Unklar ist bislang, wie sich die Muslimbruderschaft gegenüber einem Präsidentschaftskandidaten Mussa positionieren würde.

### **Die Muslimbruderschaft**

Gegenwärtig ist die Muslimbruderschaft die größte und am besten organisierte Oppositionskraft. Anfang der 1980er Jahre schworen die Muslimbrüder der Gewalt ab und nutzten die wenigen Möglichkeiten politischer Teilhabe, die das Regime ihnen bot. Seit damals engagieren sie sich innerhalb des existierenden Systems. Seit Mitte der 1980er Jahre nehmen sie an Wahlen teil, seit Mitte der 1990er Jahre bekennen sie sich zu Parteienpluralismus, Meinungsfreiheit und dem Prinzip der demokratischen Machtzirkulation. Zumindest bis zu den massiv gefälschten Wahlen von November/Dezember 2010 bildeten die Vertreter dieser Gruppierung die größte Oppositions-

gruppe im Parlament. In der Legislaturperiode 2005–2010 nahmen sie rund ein Fünftel der Sitze ein. Diese relativ starke Präsenz nutzten sie konstruktiv, um die Arbeit und Kontrollfunktion des Parlaments zu stärken.

Dabei haben ihre politischen Repräsentanten durchaus unterschiedliche Prioritäten. Der konservative Flügel, der unter anderem von dem seit Januar 2010 amtierenden *Supreme Guide* Muhammed Badie repräsentiert wird, gibt sich zurückhaltend. Er betonte bislang vor allem die Kooperation mit dem Regime und die Notwendigkeit, die gesellschaftliche Basisarbeit zu stärken. Daneben gibt es einen Flügel, der einen progressiv-reformerischen Kurs verfolgt und dabei offen ist für Kooperation mit anderen, auch säkularen Oppositionskräften – etwa im Rahmen der *Kifaya!*-Bewegung oder der NAC. Angeführt wird diese Strömung von Vertretern wie Essam el-Erian, Sprecher der Bruderschaft und Leiter ihrer Politischen Abteilung, sowie Abdel Moneim Abou el-Fotouh, einem langjährigen Mitglied des *Guidance Council*. Diesem Flügel gehört auch Mohammed Akif an, der von 2004 bis 2010 als *Supreme Guide* amtierte. Er legte 2004 ein progressives Programm vor und initiierte wiederholt intensive Debatten über die Ausrichtung der Bruderschaft. Dieser Flügel strebt einen zivilen Staat mit islamischem Referenzrahmen an, vergleichbar der Türkei unter der AKP-Regierung.

Derzeit sind die Kräfteverhältnisse zwischen beiden Flügeln unklar. Einerseits zeigte die interne Diskussion über einen Anfang 2007 vorgelegten Programm-entwurf, dass sich der konservative Flügel mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen konnte. Das Papier enthielt Elemente einer theokratischen Ordnung und einige äußerst konservative Positionen – gefordert wurde etwa, Körperstrafen einzuführen, eine Kommission von Rechtsgelehrten zu etablieren sowie Frauen und Kopten von höchsten Ämtern auszuschließen. Bei Reformern der Bewegung und Experten stieß der Entwurf auf so starke Kritik, dass seine

Verabschiedung nicht weiter verfolgt wurde. Andererseits konnten konservative Vertreter zwischen 2008 und 2010 Zugewinne verbuchen, als Führungspositionen bei internen Wahlen neu besetzt wurden. Auch in den letzten Wochen zeigten sich unterschiedliche Ansätze: Während der ehemalige »Fraktionsvorsitzende« in der Abgeordnetenkammer, Saad al-Katatni, zu Verhandlungen mit Vizepräsident Suleiman bereit war, ohne auf dem sofortigen Rücktritt Mubaraks als Vorbedingung zu bestehen, wurde dieses Zugeständnis von den Reformern heftig kritisiert und als regimestabilisierend abgelehnt.

Kurzfristig streben die einzelnen Gruppen und Parteien des moderaten Oppositionsspektrums einen Regimewandel hin zu einem demokratischen System an. Gemeinsam ist ihnen unter anderem, dass sie freie Wahlen und ein Ende des Ausnahmezustands fordern. Angesichts der bisherigen Zersplitterung der Parteienlandschaft sind Fusionen zwischen kleineren Gruppierungen oder zumindest gemeinsame Wählerlisten vorstellbar. Mittel- und langfristig dürften die Ziele der einzelnen Akteure aber stark divergieren. Fraglich ist etwa, ob es innerhalb der moderaten Opposition Einigkeit über die erforderlichen Verfassungsänderungen gibt. So wird wohl durchaus umstritten sein, wie mit Artikel 5 der Verfassung umzugehen ist, der politisches Engagement mit einem religiösen Referenzrahmen untersagt. Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist mit sehr unterschiedlichen Akzentsetzungen zu rechnen. Grundsätzlich stehen allerdings zumindest jene Oppositionsgruppen, die eine große Zahl an Mitgliedern bzw. Anhängern haben, für ökonomische Liberalisierung und ein marktwirtschaftliches System – im Gegensatz zum Militär, das versuchen wird, an Elementen einer staatszentrierten Wirtschaftsstruktur festzuhalten.

## Die Revolutionäre

Die Akteursgruppe der »Revolutionäre« hat sich in den vergangenen drei Jahren herausgebildet. Bei den Protesten gegen das Regime stellte sie die treibende Kraft dar. Sie setzt sich aus meist gut ausgebildeten jungen Ägyptern zusammen, die sich vor allem über Facebook-Gruppen organisieren. In der *Coalition of the Youth of the Revolution*, einem während der Demonstrationen entstandenen Bündnis, haben sich sechs Gruppierungen zusammengeschlossen:

- ▶ das *April 6 Youth Movement*, eine Facebook-Gruppe, die 2008 zur Unterstützung der Arbeiterproteste in der Industriestadt al-Mahalla al-Kubra gegründet wurde;
- ▶ die Facebook-Gruppe *We are all Khaled Said*, die Mitte 2010 entstand – aus Protest gegen die Ermordung des jungen Said durch Zivilpolizisten in Alexandria;
- ▶ die Facebook-Gruppe *Gerechtigkeit und Freiheit*;
- ▶ die Jugendkampagne zur Unterstützung von Muhammed ElBaradei;
- ▶ die Jugendorganisation der Muslimbruderschaft;
- ▶ die Jugendorganisation der liberalen *Democratic Front Party*.

Das Bündnis hat sich auf ein 14-köpfiges Führungsgremium geeinigt. Darin vertreten sind prominente Aktivisten wie der Ingenieur Ahmed Maher, Gründer der Facebook-Gruppe *April 6 Youth Movement*, und der Google-Marketingmanager Wael Ghoneim, der die Gruppe *We are all Khaled Said* ins Leben rief. Auch die Jugendorganisation der Muslimbrüder ist Teil der revolutionären Bewegung, die in den letzten Wochen auf dem Tahrir-Platz demonstrierte; sie stellt zwei Vertreter in dem Führungsgremium. Die Jugendbewegung der Bruderschaft steht – zumindest ganz überwiegend – nicht für fundamentalistisches Denken, sondern repräsentiert moderne junge Menschen mit islamischer Identität. Auch ihr geht es nicht in erster Linie um neue Ideologien. Im Vordergrund steht eher das Streben nach mehr Freiheit, sozialer Ge-

rechtigkeit und einem modernen und zugleich angemessenen *way of life* – nach einem System also, das Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Islam vereint.

Die Revolutionäre unterscheiden sich somit voneinander, was ihren jeweiligen politischen, ideologischen und religiösen Hintergrund angeht. Allerdings spielten diese Verortungen bei ihrem Protest keine entscheidende Rolle. Vielmehr forderten sie alle einen radikalen Bruch mit der Mubarak-Ära und einen umfassenden politischen Neuanfang. Während erster Verhandlungen zwischen Opposition und Regime in der zweiten Februarwoche wurde deutlich, dass sich die Revolutionäre wesentlich kompromissloser gaben als die Vertreter der etablierten moderaten Opposition. Im Gegensatz zu Letzteren lehnten sie Gespräche vor einem Rücktritt Mubaraks weitgehend ab.

Bislang lag der Vorteil der Revolutionäre in ihren dezentralen Organisations- und den fehlenden Führungsstrukturen. Dies erschwerte es dem Regime, gegen die Aktivisten vorzugehen. In dem beginnenden Aushandlungsprozess dürfte sich dieser Vorteil allerdings in einen Nachteil verwandeln. Denn nun müssten die einzelnen Gruppierungen zunächst formale Führungsstrukturen entwickeln und sich auf Programme festlegen, um handlungsfähig sein, ihre Interessen in den Prozess einbringen und bei Wahlen Erfolge erzielen zu können.

## Zwei Szenarien

Aus heutiger Sicht scheint es im Wesentlichen zwei mögliche Entwicklungspfade zu geben. Entweder setzt das Militär darauf, seine herausgehobene politische und wirtschaftliche Stellung beizubehalten, garniert mit einigen Elementen von Fassadendemokratie – was mittelfristig zu neuen Protesten und Aufständen führen dürfte. Oder es kommt zu einem »moderierten Übergang« und damit zu einer dauerhaften und umfassenden politischen Öffnung des Landes.

### **Militärregime**

In diesem Szenario versucht der Hohe Militärrat, eine echte Öffnung des Systems zu verhindern; er verzögert die angekündigten Reformen und konzentriert sich darauf, die Privilegien des Militärs abzusichern. Zugleich lässt er fassadendemokratische Verfahren und Institutionen zu. Doch selbst wenn die internationale Gemeinschaft das Militär stützen würde, könnte es nicht mehr dauerhaft gegen die Bevölkerung regieren. Denn ein solches Vorgehen hätte zur Folge, dass große Teile der Opposition – insbesondere Vertreter der NAC, der Muslimbrüder und der Revolutionäre, die über ein erhebliches Mobilisierungspotential verfügen – dem Militärrat ihre Unterstützung entziehen würden. Konsequenz wäre eine erneute Protest- und Streikwelle, durch die sich die wirtschaftliche Krise des Landes dramatisch verschärfen würde. Sollten die Proteste gewaltsam niedergeschlagen werden, wäre eine Radikalisierung zu erwarten. Stabilität verspricht ein solches Szenario nicht.

### **Umfassende politische Öffnung**

Das positive Szenario einer umfassenden Öffnung setzt voraus, dass sich die politisch relevanten Akteure einigen, wie der Transitionsprozess ausgestaltet und umgesetzt werden soll. Dazu gehört, dass der Hohe Militärrat seine Reformversprechen einhält. Dies ist keineswegs ausgeschlossen. Angesichts der erwähnten Handlungsbeschränkungen könnte das Militär eine weitgehende Öffnung des politischen Systems zulassen, gleichzeitig aber versuchen, die Macht ihm nahestehender Politiker zu stärken. Ein möglicher Präsidentschaftskandidat der Militärführung wäre etwa Ahmed Shafiq, der gegenwärtige Ministerpräsident und ehemalige Kommandeur der ägyptischen Luftwaffe. Er könnte versuchen, die Reste der NDP hinter sich zu versammeln und unter einem neuen Parteinamen in Wahlen zu führen.

Ob tatsächlich ein Übergang eingeleitet wird, lässt sich schon bald an zwei wichti-

gen Wegmarken feststellen: Entscheidend ist, dass der Ausnahmezustand aufgehoben wird und eine erste Verfassungsänderung erfolgt, die Wahlen für alle politischen Ämter mit einem echten Kandidatenwettbewerb ermöglicht. Die Verfassung zu ändern ist nach der Machtübernahme durch das Militär prinzipiell weniger kompliziert als bisher. Ob es dem neuen Verfassungsrat gelingt, einen für Militär, Opposition und Revolutionäre annehmbaren Vorschlag auszuarbeiten, ist allerdings noch nicht garantiert. Positiv kann man bewerten, dass auch Juristen in das Gremium berufen wurden, die dem politischen Islam nahestehen. Gerade eine Verfassungsrevision, die Artikel 5 unangetastet lässt, wäre kein wirklicher Fortschritt hin zu einem inklusiveren System. Denn sie würde implizieren, dass die Muslimbruderschaft nach wie vor keine Partei bilden könnte.

Wenn die Institutionen des Landes demokratisch legitimiert sind, wird als weiterer Schritt eine tiefgreifende Verfassungsüberarbeitung anstehen, die etwa Fragen des künftigen Regierungssystems aufnimmt. Unabhängig davon, ob die Entscheidung letztlich für ein präsidentielles oder ein parlamentarisches System ausfällt, werden Legislative und Judikative institutionell gestärkt und das Amt des Staatspräsidenten geschwächt.

Auf jeden Fall hätte die politische Öffnung Folgen für die realen Machtverhältnisse in Ägypten – sie würden sich zugunsten der moderaten Opposition verschieben. Inwieweit sich bei den ersten Präsidentschaftswahlen ein oppositioneller Kandidat gegen einen Vertreter des »alten Regimes« durchsetzen kann, dürfte vor allem davon abhängen, ob es der Opposition gelingt, sich auf einen gemeinsamen Bewerber zu einigen. Die Muslimbrüder werden kaum einen eigenen Kandidaten ins Rennen schicken. Bei freien Parlamentswahlen wird die bisherige Regimepartei NDP aller Voraussicht nach starke Verluste erleiden. Doch es ist keineswegs ausgemacht, dass die Muslimbrüder automatisch den Sieg davontragen. Zwar ist die Bruderschaft heute die

größte und am besten organisierte Oppositionskraft. Allerdings spielen zwei Faktoren eine Rolle. Erstens: Der politische Arm der Bruderschaft müsste sich zunächst als Partei formieren. Mitte Februar 2011 hat ihre Führung angekündigt, dies zu tun, sobald es rechtlich möglich ist. Bislang wird die politische Betätigung der Muslimbrüder lediglich toleriert, ohne legal zu sein. Zu erwarten steht indes, dass die Bewegung sich über Programmstreitigkeiten spalten wird. Derzeit lässt sich noch nicht absehen, welche Strömung dann die neue Partei anführen würde. Klar aber ist, dass diese bei Wahlen nur dann Erfolgchancen hat, wenn sie ein Programm anbietet, das über Slogans wie »Der Islam ist die Lösung« hinausgeht und die konkreten Bedürfnisse der Bevölkerung anspricht. Dauerhafte Zustimmung bei den Wählern wird die Partei nur dann finden, wenn sie greifbare Fortschritte im sozialen und wirtschaftlichen Bereich sowie im Hinblick auf gute Regierungsführung vorweisen kann.

Zweitens: Neben den Muslimbrüdern werden sich in einem kompetitiven Umfeld auch andere Kräfte als Parteien formieren und ihr Potential entfalten. Bislang konnten Wähler, die gegen das Regime stimmen wollten, fast nur die Islamisten unterstützen. Diesen Status dürfte die Bruderschaft nun einbüßen. Schon die Proteste der vergangenen Wochen haben gezeigt, dass die Muslimbrüder ihr faktisches »Oppositionsmonopol« verloren haben.

### **Auswirkungen auf Israel**

Das zweite Szenario bereitet insbesondere Israel, aber auch seinen westlichen Verbündeten Sorge. Dies ist nachvollziehbar. Schließlich ist der Frieden zwischen Israel und Ägypten seit 1979 ein kalter Frieden geblieben. Zu einer Annäherung zwischen den Gesellschaften hat er nie geführt – zum einen, weil es keine Fortschritte im Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern sowie den weiteren Nachbarn gab, zum anderen aber auch, weil das ägyptische Regime anti-israelische

Ressentiments durchaus als Ventil zu nutzen wusste.

Klar ist deshalb: Unter jeder Regierung, die repräsentativer ist als das Mubarak-Regime, wird das Verhältnis zwischen den Führungen beider Länder abkühlen. So ist zu erwarten, dass Kooperationsverträge mit Israel über Gaslieferungen und andere wirtschaftliche Bereiche neu ausgehandelt werden. Zudem wird eine repräsentativere Regierung Ägyptens nicht in gleichem Maße wie bisher die weitgehende Blockade des Gaza-Streifens aufrechterhalten. Doch auch wenn sich eine neue ägyptische Führung gegenüber der palästinensischen Hamas solidarischer geben könnte, wird sie letztlich im eigenen Interesse Distanz wahren. Nicht nur, dass keiner ägyptischen Regierung daran gelegen sein kann, in oder für Gaza die Aufgaben der Besatzungsmacht zu übernehmen – auch ein Übergreifen des israelisch-palästinensischen Konflikts und eine Zunahme iranischen Einflusses in Ägypten werden die Verantwortlichen in Kairo kaum begünstigen wollen.

Auch bei einer Regierungsbeteiligung der Muslimbrüder ist nicht zu erwarten, dass der Friedensvertrag mit Israel ausgesetzt würde, Israels Grenzen bedroht wären oder der Suez-Kanal gesperrt würde. Denn jede künftige Regierung wird die nationalen Interessen Ägyptens klar vor Augen haben – und für den Staatshaushalt spielen die Einnahmen eine entscheidende Rolle, die das Land dem Tourismus, dem Suez-Kanal und seinen guten Beziehungen zum Westen verdankt. Nicht zuletzt deshalb hat die Führung der Muslimbruderschaft während des Umbruchs klar verlauten lassen, dass sie alle internationalen Verträge achten werde, d.h. auch den Friedensvertrag mit Israel. Für die Muslimbrüder gilt ebenso wie für andere Oppositionsakteure, dass Wählerzuspruch von greifbaren Erfolgen vor allem im sozialen und wirtschaftlichen Bereich abhängt, nicht aber von anti-israelischen Tiraden, wie sie von einigen Mitgliedern durchaus gehalten werden. Und sozio-ökonomischer Fortschritt wird sich

ohne ein gutes Verhältnis zum Westen und Stabilität in der Region nicht erzielen lassen.

### **Implikationen für die deutsche und europäische Politik**

Grundsätzlich birgt der Umbruch in Ägypten eine große Chance für den Übergang zu einem repräsentativeren politischen System, das nachhaltige Stabilität, ausgewogene Entwicklung und einen tragfähigen Frieden mit Israel erlaubt. Deshalb sollte die deutsche und europäische Politik eine Demokratisierung rückhaltlos unterstützen.

Natürlich muss dabei die Eigenverantwortung der Ägypter im Vordergrund stehen. Allerdings lässt sich heute noch nicht absehen, ob die Militärführung in Kairo tatsächlich bereit ist, einen grundlegenden Regimewandel einzuleiten – ob es sich also wirklich um eine »Stunde null« handelt oder lediglich um eine Fortsetzung des bisherigen Systems im neuen Gewande. Daher sollte die Zusammenarbeit mit der jetzigen ägyptischen Führung eindeutig konditioniert werden.

Einerseits heißt dies, dass klare und attraktive Anreize zu setzen sind. In diesem Sinne ist es richtig, Ägypten eine umfassende »Transformationspartnerschaft« anzubieten. Dabei sollte es nicht vorrangig darum gehen, die Entwicklungszusammenarbeit aufzustocken oder die Tätigkeit der politischen Stiftungen auszuweiten – so begrüßenswert beides sein mag. Hilfreich ist auch die angekündigte Unterstützung der Bundesregierung im Rahmen des »Demokratisierungsfonds Nordafrika«, die Justizreformen, Parteienförderung, Medientraining und der Durchführung von Wahlen zugutekommen soll.

Im Vordergrund aber sollte stehen, dass die europäischen Märkte für Exporte aus Ägypten (Agrar- und Fischereiprodukte) weiter geöffnet und EU-Subventionen für entsprechende Güter abgebaut werden. Darüber hinaus ist zu empfehlen, Stipendien für ägyptische Studierende und Aus-

zubildende in Deutschland (und anderen Ländern der EU) sowie vor Ort auszuweiten. Dringend geboten ist zudem, die Zahl der Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen für junge Ägypter in Europa deutlich zu erhöhen – nicht zuletzt, um unkontrollierte Migration zu verhindern. Nur durch solche drastische Maßnahmen kann es gelingen, Ägypten dabei zu helfen, dass die Forderungen erfüllt werden, die die Proteste ursprünglich in Gang gesetzt haben – also jungen Menschen berufliche Perspektiven, Arbeitsplätze, bezahlbare Lebensmittel und mehr soziale Gerechtigkeit zu bieten.

Wenig sinnvoll und mittelfristig gar nicht zu finanzieren sind dagegen die von der ägyptischen Regierung eilig eingeleiteten Schritte wie eine pauschale Erhöhung der Löhne für Staatsangestellte und eine Aufstockung der Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Vielmehr bedarf es umfangreicher Wirtschafts- und Sozialreformen. Dazu gehört ein Umbau des ausufernden Subventions- und Versorgungssystems, der Bürokratie und des staatlichen Unternehmenssektors, aber auch eine grundlegende Reform des Bildungswesens. Deutschland und die EU sollten diese Reformen – vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen in Osteuropa – mit technischer und finanzieller Unterstützung begleiten.

Andererseits sollte eine solche Kooperation davon abhängig gemacht werden, dass es erkennbare Fortschritte beim politischen Übergang gibt. Wichtig ist, die Umsetzung von angekündigten Reformen stetig zu überprüfen. Es kommt vor allem darauf an, dass alle politischen und gesellschaftlichen Kräfte in eine noch zu bildende Übergangsregierung einbezogen werden oder sich an einem Runden Tisch versammeln, dass ein verbindlicher und glaubwürdiger Zeitplan vorlegt wird (insbesondere für Verfassungsreformen und Wahlen), dass der Ausnahmezustand endet und politische Häftlinge freigelassen werden.

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2011  
Alle Rechte vorbehalten

Das Aktuell gibt ausschließlich die persönliche Auffassung der Autoren wieder

**SWP**  
Stiftung Wissenschaft und Politik  
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4  
10719 Berlin  
Telefon +49 30 880 07-0  
Fax +49 30 880 07-100  
www.swp-berlin.org  
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364